

Gerhard Engel

Die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD) und die Gründung der KPD während der Deutschen Revolution 1918/19*

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich in Bremen eine Gruppe linker Sozialdemokraten herausgebildet.¹ Sie bezeichneten sich als „Linksradikale“, um sich von den nach rechts kompromissbereiten „Radikalen“ abzugrenzen, die gemeinhin als Parteimitte bezeichnet werden. Ihre revolutionären Positionen waren stark von den in Bremen wirkenden Sozialisten Anton Pannekoek² und Karl Radek³ beeinflusst. Ihr führender Kopf war der zweite politische Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ (BBZ) Johann Knief. Während des Krieges entwickelten sich die Bremer Linksradikalen und ihre auswärtigen Anhänger neben dem Spartakusbund zur zweiten Quellgruppe der KPD.

Von Kriegsbeginn an sahen Knief und seine Anhänger die Kriegskreditbewilligung durch die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914 sowie das Bekenntnis zu „Vaterlandsverteidigung“ und „Burgfrieden“ als folgerichtige Konsequenz einer grundsätzlichen Fehlentwicklung der Vorkriegssozialdemokratie. Knief, bei Kriegsbeginn sofort einberufen, schrieb: „Nicht die Arbeiterbewegung hat eine Niederlage erlitten, sondern nur ihre Führerschaft. Sie hat dafür gesorgt, dass die Sozialdemokratie aufgehört hat zu existieren ... Die Masse selbst wird sich ihre Bahn brechen müssen; ihre Führer sind erledigt ... Bislang wurde die Rechnung ohne die Massen gemacht. Die Massen aber werden ihre Forderungen stellen. Es lebe die Zukunft!“⁴

Obwohl diese Erwartungen enttäuscht wurden, dokumentiert sich in ihnen die Richtung, in der sich in den Kriegsjahren die Überzeugungen der Linksradikalen entwickeln sollten. Deutlich sind die Vorahnung einer Spaltung der Sozialdemokratie und die Ansicht, die Arbeitermassen würden sich selbst und gegen

* Der Text ist die bearbeitete Fassung eines längeren Aufsatzes des Verf. in: Ralf Hoffrogge, Norman LaPorte (Ed.), *Weimar Communism as Mass Movement 1918-1933*, London 2017, S. 25-44. Für das gesamte Thema vgl. Gerhard Engel, *Johann Knief – ein unvollendetes Leben*, Berlin 2011, S. 117 ff.

¹ Vgl. Karl-Ernst Moring, *Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914*, Hannover 1968; Hansgeorg Conert, *Reformismus und Linksradikalismus in der bremischen Sozialdemokratie vor 1914. Die Herausbildung der „Bremer Linken“ zwischen 1904 und 1914*, Bremen 1985, S. 243-383.

² Vgl. Hans Manfred Bock, *Anton Pannekoek in der Vorkriegssozialdemokratie*, in: *Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte. Jahrbuch*, Bd. 3, Frankfurt am Main 1975, S. 103-167.

³ Verwiesen sei besonders auf die Schrift „*Der Imperialismus und die deutsche Arbeiterklasse*“, in: Karl Radek, *In den Reihen der deutschen Revolution 1909-1921*, München 1921, S. 48-155.

⁴ Johann Knief an Rudolf Franz, 23. August 1914, in: *BArch N 2078/2*, Bl. 4-5.

den Willen ihrer Führer zum alleinigen und kreativen Souverän ihrer Aktionen erheben können.

Die Linksradikalen solidarisierten sich mit der entstehenden Gruppe „Internationale“, mit der sie in ständigem Kontakt standen. Sie begrüßten das öffentliche „Nein“ Karl Liebknechts gegen die Kriegskredite am 2. Dezember 1914. Sie protestierten gegen die halbherzige Haltung jener Reichstagsabgeordneten, die zwar in der Fraktion gegen die Kreditbewilligung auftraten, im Reichstagsplenum aber Karl Liebknecht im Stich ließen. Dazu gehörte auch der Bremer Alfred Henke, Chefredakteur der BBZ. Der Spalt zwischen den Linksradikalen und den „Zentristen“ wurde bedeutend tiefer.⁵

Johann Knief fällt am Jahresende 1914 ein vernichtendes Urteil über die bisherige Sozialdemokratie.⁶ Er stellte sie als Typus einer auf eine sozialistische Gesellschaft ausgerichteten politischen Arbeiterpartei in Frage. Es begann die Suche nach einer alternativen Gestaltung der sozialistischen Bewegung, die sich außerhalb der etablierten Sozialdemokratie und gegen sie, vor allem gegen die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie entwickeln sollte. Die Suche nach Gleichgesinnten erbrachte im August 1915 die ersten Kontakte zwischen den Bremer und Hamburger Linksradikalen um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim. Unbeschadet mancher theoretischer und taktischer Meinungsverschiedenheiten vertieften sich in der Folgezeit die linksradikalen Beziehungen zwischen Bremen und Hamburg.⁷

Keimzelle einer linksradikalen Organisation

Ein in Bremen seit Januar 1915 bestehender Diskussionszirkel entwickelte sich in wenigen Monaten zu einem „Organisationskern“ der radikalen Parteiopposition. Er stützte sich vor allem auf die Arbeiter der Bremer Weser-Werft. Dort entstand ein illegales linksradikales Vertrauensmännernetz. Linksradikale Soldaten des Bremer Infanterie-Regiments, das im Stellungskrieg an der Westfront lag, forderten vom Zirkel den Übergang zu offenen Antikriegsaktionen. Die Soldaten sprachen der SPD für Gegenwart und Zukunft ihr Misstrauen aus und regten die Überlegung an, dass die Linken womöglich bereits während des Krieges eine eigene Organisation anstreben sollten.⁸

⁵ Gerhard Engel, Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946), in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 14 (2015), II und III, S. 67-85 bzw. 78-97, hier III, S. 79 f.

⁶ Knief an Franz, 31. Dezember 1914, in: *BArch N 2078/2*, Bl. 36-38.

⁷ Knief an Franz, 15. August 1915, in: *BArch N 2078/2*, Bl. 91; Volker Ullrich, *Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19*, Band 1, Hamburg 1976, S. 218-220, 312 f., 334.

⁸ Wilhelm Eildermann, *Jugend im ersten Weltkrieg. Briefe, Tagebücher, Erinnerungen*, Berlin 1972, S. 246-248; Gerhard Engel, *Rote in Feldgrau. Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialistischer Soldaten des Ersten Weltkrieges*, Berlin 2008, S. 61, 71, 96-97, 101, 107.

Der Streit mit dem gemäßigten Henke eskalierte, als Johann Knief im Oktober 1915 nach seiner Genesung von einem an der Westfront erlittenen Nervenzusammenbruch nach Bremen zurückkehrte und fortan den Tenor der Debatten bestimmte. Er forderte, das internationalistische Klassenbewusstsein der Arbeiter als Voraussetzung für große offensive Massenaktionen in internationalem Maßstab wiederzuerwecken.⁹ Voraussetzung sei, den Krieg auf der Grundlage marxistischer Prinzipien zu analysieren. Er schrieb: „Nicht, dass der Krieg aus ‚Irrtümern und Dummheiten‘ der Menschen entstanden sein soll, nicht die Frage, ob er ‚vernünftig‘ ist oder nicht, ob er gewissen ‚Zwecken‘ entspricht oder nicht, kann uns vom wissenschaftlichen Standpunkt imponieren, sondern einzig die Frage: Welchen gesellschaftlichen Kräften ist seine Entstehung zu danken, und welche neuen gesellschaftlichen Kräfte wird er auslösen.“¹⁰ Die Mehrheit des Zirkels kritisierte beharrlich Henkes Weigerung, im Reichstag offen gegen Kriegskredite zu stimmen. Mit seinen wenigen Anhängern verließ Henke den Zirkel.

Fortan wurde dieser zur Keimzelle einer linksradikalen Organisation. Von ihr gingen die Impulse für Antikriegsaktionen in Bremen aus. Im Dezember 1915 forderte Knief, den Legalitätsfetischismus zu brechen. Weil das Parteizentrum zwar Massenaktionen als notwendig bezeichne, aber unter Kriegsbedingungen nicht für durchführbar erkläre, müssten es die Linksradikalen übernehmen, die Massen für Antikriegsaktionen zu mobilisieren.¹¹

Diese Position setzte die Gruppe um Knief mit Erfolg im Sozialdemokratischen Verein Bremen (SDVB) durch. Auch als Henke sich im Dezember 1915 unter den 18 parteioppositionellen Abgeordneten der SPD befand, die nunmehr im Reichstag die Kriegskredite ablehnten, verringerte dies nicht die Grabentiefe zwischen ihm und den Linksradikalen. Im Unterschied zu den „Dezembermännern“ lehnte die Gruppe um Knief die „Landesverteidigung“ prinzipiell ab. Sie wollte außerparlamentarische Friedensaktionen mit sozialistischen Zielen.

In der BBZ, in deren Redaktion Johann Knief und Paul Frölich als Redakteure um die Wende 1915/1916 ihre Standpunkte darlegen konnten, hieß es: „Die Einheit hat die Partei groß gemacht. Gewiss. Aber nur die Einheit, die auf dem Boden des Klassenkampfes erwachsen ist. Jede andere Einheit ist nur Schein, nur Formel, hinter der sich der Verfall verbirgt. Um die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes war es uns seit jeher zu tun, von diesem Ideal werden wir keinen Augenblick lassen. Aber auch nur dieser Einheit gilt unser Kampf.“¹²

In der Reichskonferenz der führenden Köpfe der linken Parteiopposition in Berlin am 2. Januar 1916 stimmten die von Johann Knief vertretenen Linksradikalen den Leitsätzen Rosa Luxemburgs über die Aufgaben der internationa-

⁹ Eildermann, Jugend, S. 273-274; Lichtstrahlen, 3 (1915/1916), Nr. 6, S. 137-140.

¹⁰ Lichtstrahlen 3 (1915/1916), Nr. 6, S. 140.

¹¹ SAPMO-BArch, Sg Y 30/0188, Bl. 391.

¹² Eine zeitgemäße Mahnung, in: BBZ, 20. Dezember 1915.

len Sozialdemokratie zu. Aber sie bemängelten, die Leitsätze würden sich nicht entschieden genug auf den vollständigen Bruch mit der Parteirechten orientieren und sich nicht konsequent genug von der gemäßigten Opposition des „Parteizentrums“ distanzieren. Auch vermissten sie konkretere Aufgaben für die alltäglichen Aktionen der linken Parteiopposition. Seither entwickelten die Linksradikalen eine gewisse Distanz zur Spartakusgruppe. Die Bremer Gruppe und Gleichgesinnte an anderen Orten betrachteten sich als eigenständig. Sie sahen zwar in der Spartakusgruppe um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring den Kern der Opposition gegen die offizielle Sozialdemokratie. Aber sie bestanden auf ihrer Selbständigkeit in der Entwicklung ihrer Taktik.

Im Januar 1916 brachten dem Parteivorstand ergebene Funktionäre des SDVB ein eigenes Presseorgan gegen die Parteiopposition in Stellung.¹³ Damit begann die organisatorische Spaltung des SDVB. Bis Mai 1916 verdrängte die den Linksradikalen folgende Mehrheit der Parteimitgliedschaft zahlreiche „Kriegssozialisten“ aus Funktionen und Ämtern. Ihre Mehrheit im SDVB bestärkte die Linksradikalen zunächst in der Ansicht, ihr Kurs auf eine erneuerte sozialistische Arbeiterpartei werde durch das Verdrängen der Opportunisten aller Schattierungen Erfolg haben. In der BBZ hieß es: „Es ist Tatsache, dass die Parteieinheit nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Spaltung wird und muss kommen ... Die Organisation der sozialdemokratischen Partei umfasst heute schon gegnerische Parteien, und das Band ist nur deshalb nicht gesprengt, weil der innere Kampf noch nicht entschieden ist. Und dieser Kampf geht um die Köpfe der Parteigenossenschaft und ihre Machtmittel, den Organisationsapparat und ihre Presse.“¹⁴

Die Linksradikalen, die sich 1916/1917 auch als „Internationale Sozialisten Deutschlands“ bezeichneten, bekannten sich im Unterschied zur Spartakusgruppe uneingeschränkt zur Zimmerwalder Linken, der von Lenin angeführten Minderheit der europäischen Parteiopposition, die sich auf der Zimmerwalder Konferenz im September 1915 herausgebildet hatte.¹⁵ Vor allem über Karl Radek hielten die Bremer Linksradikalen engen Kontakt zum Schweizer Exil führender Köpfe der russischen Bolschewiki. An der zweiten Zimmerwalder Konferenz im April 1916 in Kienthal (Schweiz) waren sie durch Paul Frölich direkt beteiligt.¹⁶

Im Mai/Juni 1916 wurde auch Bremen von der Protestwelle gegen die Verhaftung und Verurteilung Liebknechts nach seinem Antikriegsprotest auf dem Berliner Potsdamer Platz am 1. Mai 1916 erfasst. Anfang Juli beteiligten sich

¹³ Erhard Lucas, *Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges*, Bremen 1969, S. 43-44.

¹⁴ BBZ, 15. Mai 1916.

¹⁵ Horst Lademacher (Hrsg.), *Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz*, Band 2, The Hague-Paris 1967, S. 327, 298-299, 325, 327-328.

¹⁶ Paul Frölich, *Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921*, Berlin 2013, S. 119-124.

rund 4.000 Werftarbeiter am ersten großen Streik während des Krieges für soziale Forderungen und Solidarität mit Karl Liebknecht. Die Linksradikalen fühlten sich durch solche Ereignisse in ihrer Strategie der Massenaktionen gegen den Krieg, die sich links vom Hauptstrom der sozialdemokratischen Antikriegsopposition entwickelten, bestärkt.

Der Riss zwischen der linksradikalen Mehrheit der Bremer Parteiorganisation und der Gruppe um Alfred Henke vertiefte sich seit März 1916, als Henke wegen der Etatablehnung im Reichstag gemeinsam mit 17 weiteren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen worden war und sich der neuen Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) angeschlossen hatte. Da sich die SAG auf parlamentarische Antikriegsaktionen beschränken wollte und weiter für die Parteinheit eintrat, brachen die Linksradikalen den Stab über Henke. Dieser reagierte mit einer öffentlichen Distanzierung von den „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ und der Spartakusgruppe, die er als „sektiererische Gruppenbildung“ bezeichnete.¹⁷ Damit war in Bremen der Graben zwischen den Linksradikalen und der gemäßigten Parteiopposition ähnlich tief wie der zwischen beiden und dem Parteivorstand. Knief schrieb: „Die Dreiteilung der Sozialdemokratie prägt sich hier ganz klar aus. So muss es weitergehen.“¹⁸

Der Bruch mit Henke bedeutete für die Linksradikalen den weitgehenden Verlust der Möglichkeit, in der BBZ ihre Ansichten zu propagieren. Das veranlasste sie, einen weiteren Schritt zu ihrer Verselbständigung zu gehen. Am 24. Juni 1916 erschien die erste von Knief redigierte Ausgabe der „Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“.¹⁹ Das Periodikum ermöglichte ihnen – freilich unter Zensurbedingungen – ihre ideologischen und parteitaktischen Auffassungen öffentlich zu verbreiten und Gleichgesinnte zu sammeln. In den folgenden Monaten gewann das Blatt unter Arbeitern, Soldaten und Matrosen Abonnenten und Leser vor allem in Nordwestdeutschland, aber auch im Ruhrgebiet, in Dresden, Berlin, München und anderen Zentren der Linken.²⁰

Um den Bruch mit der SPD des „Burgfriedens“

Zentrales Thema war 1916 der von den Linksradikalen für notwendig erachtete vollständige Bruch mit der Partei des 4. August, gegen die der Klassenkampf zu führen sei wie gegen die imperialistische Bourgeoisie. Die „Arbeiterpolitik“ appellierte an die Spartakusgruppe, dieses Thema ebenfalls offen zu diskutieren. Mit diesem Drängen zeigte sich die Gruppe um Knief als frü-

¹⁷ BBZ, 17. Juni 1916.

¹⁸ Knief an Franz, 30. Juni 1916, in: BArch, N 2078/2, Bl. 105.

¹⁹ Frölich, Im radikalen Lager, S. 125-127; Gerhard Engel, Einleitung, in: Arbeiterpolitik. Unveränderter Neudruck, Leipzig 1975, S. III-XVII.

²⁰ Peter Kuckuk, Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920, Diss., Hamburg 1970, S. 68.

hese Vorreiterin der späteren Gründung der KPD. Die meisten Grundsatzartikel zum Thema schickte Karl Radek aus der Schweiz nach Bremen. Im August 1916 erwog die „Arbeiterpolitik“ erstmals eindeutig die „Möglichkeit und Notwendigkeit der Aufrichtung eines eigenen Hauses für den proletarischen Sozialismus, der Schaffung einer sozialistischen Partei, die die Politik des Linksradikalismus führen wird“.²¹ Zunächst setzten auch sie auf die Möglichkeit, die Mitglieder der SPD für ihren revolutionären Antikriegsstandpunkt zu gewinnen. Im SDVB waren sie mit dieser Politik erfolgreich. Am 1. Dezember 1916 sperrte der SDVB dem Parteivorstand die Mitgliedsbeiträge. Dieser schloss umgehend die gesamte Bremer Parteiorganisation aus der SPD aus. Ihre rechtssozialistische Minderheit gründete einen neuen Ortsverein und übernahm die Leitung der BBZ. In Bremen war damit die organisatorische Trennung zwischen offizieller SPD und Parteiopposition vollzogen.

Als der Parteivorstand im Januar 1917 auch die SAG und ihre Anhänger aus der SPD ausschloss und sich damit die alsbaldige Gründung einer Partei der gemäßigten Opposition ankündigte, forderten die Linksradikalen, „jetzt, trotz aller äußeren Ungunst der Verhältnisse, die Konstituierung der eigenen Partei in die Hand zu nehmen“.²² Johann Knief veröffentlichte eine Resolution „zur Verständigung der Linksradikalen untereinander“. Drei Thesen standen im Mittelpunkt: 1. Die durch die Politik des 4. August herbeigeführte Spaltung der Sozialdemokratie ist irreversibel. 2. Die Anerkennung dieser Spaltung bedeutet die Notwendigkeit, die „oppositionellen Organisationen und Gruppen zu einer neuen, proletarischen Partei“ zusammenzufassen. 3. Wenn unter ihnen Einigkeit über die „Fragen, die mit der Lage der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus zusammenhängen“, hergestellt ist, soll eine Konferenz die neue „Internationale Sozialistische Partei Deutschlands“ konstituieren. Die Federführung solle die Spartakusgruppe übernehmen.²³

Im April 1917 gründeten die Führer der gemäßigten Opposition eine eigene Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Ihr schlossen sich auch Tausende von Arbeitern an, die in der neuen Partei die Wiedergeburt der revolutionären Vorkriegssozialdemokratie sahen und in ihr einen entschiedenen Kampf gegen den imperialistischen Krieg führen wollten. Um sich die Möglichkeit ihres direkten Einflusses auf die Entwicklung dieser Massenbasis der USPD zu sichern, schloss sich die Spartakusgruppe unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit der USPD an. Die Linksradikalen kritisierten diesen Schritt heftig. Sie verwiesen auf das „selbständige Auftreten der Bolschewiki“ in der in Russland begonnenen Revolution.²⁴ Es sei also auch ein internationales Gebot der Stunde, in Deutschland eine linksradikale Partei zu

²¹ Einheit oder Spaltung der Partei?, in: Arbeiterpolitik 1 (1916), Nr. 10, S. 76; Engel, Johann Knief, S. 283.

²² Die Spaltung der Partei und das Zentrum, in: Arbeiterpolitik 2 (1917), Nr. 6, S. 44.

²³ Die Verständigung der Linksradikalen, in: Arbeiterpolitik 2 (1917) Nr. 8, S. 57-59.

²⁴ Das Kompromiß von Gotha, in: Arbeiterpolitik, 2 (1917), Nr. 15, S. 113-115.

gründen. Die Mitgliedschaft von Linken in einer Partei der Gemäßigten sei politischer Selbstmord und Verrat nach außen. Deshalb würden die Linksradikalen Bremens und Hamburgs der USPD niemals beitreten und jene Linken bekämpfen, die sich ihr anschließen.²⁵

Die „Arbeiterpolitik“ reagierte auf die Gründung der USPD und den Beitritt der Spartakusgruppe mit einer gewissen Konfusion. Die Forderung nach einer eigenen linksradikalen Partei trat zeitweilig in den Hintergrund. Während einerseits an die Linken appelliert wurde, in den Gewerkschaften als treibender Keil revolutionär zu wirken, erschienen andererseits Beiträge, deren Autoren die Beseitigung der alten Gewerkschaftsorganisationen propagierten. Die Hamburger Gruppe der Linksradikalen veröffentlichte eine Resolution, die eine in Partei und Gewerkschaften geteilte Arbeiterbewegung ablehnte und eine Einheitsorganisation forderte. Die „Arbeiterpolitik“ verlor die von Johann Knief und Paul Frölich geprägte Linie. Knief ging im April 1917 in den Untergrund, wurde im Januar 1918 verhaftet und bis zur Revolution im November in „Schutzhaft“ gehalten. Frölich war erneut zum Militär eingezogen worden. Er urteilte später: „... die ‚Arbeiterpolitik‘ der letzten Kriegsperiode kann nicht als Ausdruck der linkradikalen Bewegung angesehen werden“.²⁶

Erst Ende Juli 1917 regten sich neue Aktivitäten zur Gründung einer linksradikalen Partei, nun ohne die Spartakusgruppe.²⁷ Ein Aufruf teilte mit, es seien in mehreren Orten Gruppen entstanden, die der „Arbeiterpolitik“ ihre Zustimmung zu einer Parteigründung mitgeteilt hätten. Damit seien die Voraussetzungen für die Gründung der „Internationalen Sozialistischen Partei Deutschlands“ (ISPD) gegeben. Ein Aktionskomitee habe die Arbeit aufgenommen und fordere die Linksradikalen auf, Vorschläge für das Parteiprogramm und ein Parteistatut einzureichen. Zur Parteigründung trafen sich am 26. August 1917 dreizehn Delegierte von linksradikalen Ortsgruppen konspirativ in Berlin. Doch die Polizei sprengte die Versammlung und beschlagnahmte die entworfenen Gründungsdokumente. Darin wurde die angestrebte ISPD als neue Führung der Arbeiterbewegung anstelle der alten Sozialdemokratie definiert, die ihren Führungsanspruch durch ihre Kriegspolitik und durch die Zerstörung der innerparteilichen Demokratie verwirkt habe. Die neue Partei grenze sich zugleich von der halbherzigen Opposition der USPD ab. Die ISPD werde vom Prinzip des proletarischen Internationalismus getragen sein; sie fühle sich „als Glied der entstehenden 3. Internationale“ und gehöre zu den Parteien der Zimmerwalder Linken. Für ihr organisatorisches Selbstverständnis nahm die Partei eine Anleihe im Anarchosyndikalismus auf, indem sie sich als „Einheitsorganisation“ definierte.²⁸

²⁵ Die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft, in: Arbeiterpolitik, 2 (1917), Nr. 13, S. 97.

²⁶ Frölich, Im radikalen Lager, S. 126.

²⁷ An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen!, in: Arbeiterpolitik 2 (1917), Nr. 30, S. 225; Ullrich, Die Hamburger Arbeiterbewegung, S. 412-416; Engel, Johann Knief, S. 318-320.

²⁸ Engel, Johann Knief, S. 318-320.

Im Dezember 1917 warf Knief das Thema der Parteigründung erneut auf.²⁹ Er folgerte ihre Notwendigkeit aus der Rolle der Bolschewiki in der erfolgreichen russischen Oktoberrevolution, welche die Linksradi-kalen begeistert begrüßt hatten. Erneut rief er die Spartakusgruppe auf, sich auch organisatorisch von der USPD zu trennen und eine eigene linksradikale Partei ins Leben zu rufen. Knief war der erste, der unter dem Eindruck der russischen Revolution die Gründung einer de facto kommunistischen Partei in Deutschland zur Diskussion stellte.

Revolution in Deutschland und die Notwendigkeit einer linken Partei

Als im November 1918 die Revolution Deutschland erfasste, war für die Linksradi-kalen klar, dass sie über Republik und bürgerlich-demokratische Rechte hinaus zu einer sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft vorangetrieben werden müsse. Ziel war eine Diktatur des Proletariats. Ihre Träger sollten revolutionäre, das heißt von Rechtssozialisten freie Arbeiter- und Soldatenräte sein, die sich auf verlässliche bewaffnete Arbeitergarden stützen konnten.

In Bremen erörterten die Linksradi-kalen bereits am 10. November 1918 ihre Konstituierung als „Internationale Kommunisten Deutschlands. Ortsgruppe Bremen“ und die Schaffung einer eigenen Tageszeitung. Die Dresdner linksradikale Gruppe gab am 16. November eine Zeitung mit dem Titel „Der Kommunist. Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands“ heraus. Die Selbstbezeichnung der Linksradi-kalen als Kommunisten und ihrer Gruppen als „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) signalisierte den Standort auf dem äußersten linken Flügel der Träger der Revolution. Zum tonangebenden Blatt wurde die ab dem 27. November in Bremen erscheinende und von Johann Knief redigierte Tageszeitung „Der Kommunist“. Die Linksradi-kalen forderten, in der Revolution schleunigst nachzuholen, was bis dahin gescheitert war: die Gründung einer neuen revolutionären Partei. Ihnen war klar, dass ohne den Spartakusbund keine Aktionsfähigkeit erreichbar war. Da dieser aber weiterhin auf die Möglichkeit setzte, die Mehrheit der revolutionär orientierten Mitglieder der USPD zu gewinnen, entschlossen sich die Linksradi-kalen, selbst an die Spitze der Bewegung zu treten, lokale Organisationen ihrer Anhänger zu bilden und durch deren organisatorischen Zusammenschluss Druck auf den Spartakusbund auszuüben. Das Stehenbleiben der deutschen Revolution bei bürgerlich-demokratischen Resultaten und das Bündnis der Rechtssozialisten mit den alten Mächten war für die Linksradi-kalen der praktische Negativbeweis für die Notwendigkeit, eine neue revolutionäre Partei zu gründen. Sie sollte die Massen in eine proletarische Revolution führen.

In Bremen wuchs die Gruppe der IKD rasch an. Etwa 50 Personen bildeten den Kern, der sich auf 500 bis 1.000 Anhänger stützen konnte.³⁰ Es entstanden

²⁹ P[eter] Unruh (d. i. Johann Knief), Eine dringende Notwendigkeit, in: Arbeiterpolitik 2 (1917), Nr. 50, S. 374-375.

³⁰ Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik,

Ortsgruppen der IKD in Nordwestdeutschland (Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Hamburg, Wilhelmshaven, Rüstringen, Hannover), auch in Sachsen (besonders in Dresden um Otto Rühle), Berlin (mit Jacob Heinen, Curt Classe und Werner Möller), im Rhein-Ruhrgebiet, in Württemberg und Bayern.³¹

Vom 15. – 18. Dezember 1918 trafen sich Delegierte aus etwa zehn Ortsgruppen der IKD in Berlin zu ihrem ersten Reichstreffen.³² Ihre von den IKD in Dresden entworfene „Grundsätzliche Erklärung“ erhob – in Verkennung der politischen Kräfteverhältnisse während der Revolution – die unmittelbare „Herbeiführung des Kommunismus“ zum Ziel der IKD. Weg zum Ziel solle eine kurzzeitige Diktatur des Proletariats sein, die sich auf kommunistische bewaffnete Arbeiter stützt. Die Mitglieder der IKD in den Arbeiterräten wurden aufgefordert, die Anhänger der SPD in den Räten zu isolieren und zu verdrängen. Damit wurden ungeachtet des Einflusses der SPD auf die Mehrheit der Arbeiter realitätsferne und sektiererische Forderungen erhoben, mit denen sich die Kommunisten isolieren mussten. Johann Knief hatte noch während der Revolution die Konzeption vertreten, der Weg zu einer sozialistischen Umwälzung müsse in einer längeren Periode sich steigender Massenaktionen gebnet werden.³³ Dieses Konzept wurde jedoch nicht zur Grundlage der Konstituierung der IKD zur Partei, die „alle kommunistischen Elemente ..., mögen sie sich bisher Spartakus, Linksradikale oder noch anders genannt haben“³⁴ zusammenschließen sollte. Ihre Organisationsstruktur sollte durch Föderalismus und eine ausgeprägte innerparteiliche Demokratie geprägt sein. Die russischen Bolschewiki waren für die IKD das politische Beispiel einer die Revolution anführenden Partei, aber nicht das Vorbild für eine Parteiorganisation. Auch der Spartakusbund war den IKD als „Führerorganisation“ suspekt. Gebraucht werde vielmehr, wurde bereits 1917 gefordert, „Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat bei jedem einzelnen ... Massenbewegungen können nicht führerlos sein, aber sie können auch keine Führerbewegungen sein ... Die Masse hastet und drängt und mitten unter ihr der Führer, kaum hervorgehoben, anfeuernd, mitreißend, zielweisend!“³⁵ Aktionseinheit sei nur in der „geistigen Einheit“ der Bewegung bei völliger Selbständigkeit der einzelnen Gruppen garantiert.³⁶ Während die IKD also im staatlichen Bereich eine Demokratie, die eine Min-

Restauration. Unter Mitarbeit von Ulrich Schröder, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bremen 2017, S. 34.

³¹ Kuckuk, Bremer Linksradikale, S. 68. Zusammensetzung und Aktivitäten dieser örtlichen und regionalen Gruppen sind bis heute unerforscht.

³² Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Band 1, Berlin 1958, S. 609-613; Der Kommunist (Bremen), 21. Dezember 1918.

³³ Johann Knief, Internationale Kommunisten und Unabhängige, in: Arbeiterpolitik 3 (1918), Nr. 48, S. 289-292.

³⁴ Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Band 2, Berlin 1957, S. 610 f.

³⁵ Partei und Bewegung, in: Arbeiterpolitik 2 (1917), Nr. 11, S. 83-84; Partei und Führer, in: Arbeiterpolitik 2 (1917), Nr. 37, S. 284-286.

³⁶ Der Kommunist (Bremen), 6. Dezember 1918.

derheit für die Gesamtheit gestaltet, für opportun hielten, bestanden sie auf basisdemokratischen Verhältnissen in der dabei tonangebenden Partei.³⁷

Vertagt wurde die Antwort auf die Frage, ob sich Kommunisten an den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 beteiligen sollten. Viele hielten den Kurs auf eine Rätemacht mit der Anerkennung einer bürgerlich-parlamentarischen Legislative für prinzipiell unvereinbar. Andere, wie Johann Knief, plädierten für eine linksradikale Parlamentsfraktion als Sprachrohr revolutionärer Aufklärung, solange die Mehrheit der Arbeiter angesichts der Stärke der Gegenrevolution nicht zu einer sozialistischen Revolution bereit wäre.³⁸

Die 2. Reichskonferenz in Berlin am 24. Dezember 1918 beschloss schließlich gegen den Widerstand von Knief den Wahlboykott. Zugleich hob sie unter dem Einfluss ihres Gastes Karl Radek den Entschluss auf, sich nicht mit dem Spartakusbund organisatorisch zu vereinigen. Zum Meinungswandel trugen die Entwicklungen im Spartakusbund selbst bei, in dem sich Stimmen für einen Austritt aus der USPD mehrten. Anstoß dafür war die Weigerung der Führung der USPD, einen Parteitag einzuberufen, auf dem der Spartakusbund versuchen könnte, die Mehrheit hinter sich zu bringen.³⁹ In einer Resolution der Reichskonferenz der IKD hieß es, die prinzipiellen und taktischen Gegensätze zwischen Spartakus und Linksradikalen seien durch die Entwicklung überholt und zu „Unterschieden in der Formulierung gleicher Auffassung“ zusammengeschrumpft. Die Differenzen in der Organisationsfrage würden sich in der Revolution auflösen. Die Reichskonferenz erklärte ihre „grundsätzliche Zustimmung zur Vereinigung der IKD und des Spartakusbundes“ und schlug dem Spartakusbund vor, eine „Gründungskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ einzuberufen.⁴⁰

Am 30. Dezember 1918 trat die Reichskonferenz zusammen, die zum Gründungsparteitag der KPD wurde. Der führende Kopf der IKD, Johann Knief, war nicht unter den Teilnehmern, weil die Bremer IKD-Gruppe das Mandat ihrer Delegierten an den Wahlboykott gebunden hatte. Ohnehin hätte ihn eine schwere Erkrankung gehindert, nach Berlin zu reisen. In seiner Zeitung begrüßte er die Parteigründung enthusiastisch. Lediglich ein Problem sei strittig, aber lösbar: Das Verhältnis zwischen Selbständigkeit der Basis und zentraler Führung der Bewegung, wobei er das Prinzip des Organisationsaufbaus und der Willensbildung von unten nach oben präferierte.⁴¹

³⁷ Gerhard Engel, Demokratie in Theorie und Praxis der Bremer Linksradikalen, in: Rainer Holze, Siegfried Prokop (Hrsg.), Basisdemokratie und Arbeiterbewegung, Berlin 2012, S. 98-106.

³⁸ Johann Knief, Die Konsequenzen, in: Der Kommunist (Bremen), 24. Dezember 1918.

³⁹ Jakob S. Drabkin, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, S. 444-447.

⁴⁰ Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Band 2, S. 653.

⁴¹ Johann Knief, Spartakus und wir, in: Der Kommunist (Bremen), 1. Januar 1919.

Am Gründungsparteitag der KPD⁴² nahmen 29 Delegierte aus 14 Ortsgruppen der IKD teil. Karl Becker (Dresden) verlas die Erklärung der IKD, wonach sich diese mit dem Spartakusbund verschmelzen wollten und ihre Organe für aufgelöst erklärten. Eine zweite Erklärung der IKD betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, kennzeichnete aber zugleich die Gegensätze, die dies bisher behindert hatten: strategische und taktische Differenzen infolge der Illegalität und lokaler Unterschiede des Wirkungsbereichs, Unterschiede in der organisatorischen Entwicklung der beiden Gruppierungen, entgegengesetzte Auffassungen über Parteispaltung bzw. Revolutionierung der USPD und infolgedessen Gegensätze in der Zimmerwalder Bewegung. Die Erklärung schloss: „Diese Gegensätze sind heute verschwunden. Beide Richtungen sind durch das Feuer der Revolution zusammengeschweißt worden ... Im Rahmen der gemeinsamen Kommunistischen Partei werden wir uns mit allen Kräften für die rücksichtslose Durchführung der proletarischen Revolution einsetzen und für eine klare prinzipielle Politik der Partei wirken.“⁴³

Mit dieser Erklärung betonten die nun in der KPD angekommenen IKD zwar ihren Einheitswillen, verwiesen aber zugleich auf ihre Vorreiterrolle im Entstehungsprozess der KPD. Sie bekräftigten auch jetzt ihre basisdemokratischen Vorstellungen von einer revolutionären Partei, ihren Kurs auf eine von der Zimmerwalder Linken, d. h. von Lenin, geführte dritte Internationale und auf eine Parteipolitik, die den revolutionären Prozess in eine sozialistische Umwälzung durch eine Diktatur des Proletariats weiterführen sollte. Sie stimmten gegen die Teilnahme der Kommunisten an den Wahlen zur Nationalversammlung. Aus den Reihen der Delegierten der IKD stammten auch Anträge für den Aufbau von Einheitsorganisationen bzw. den Austritt der Kommunisten aus den reformistischen Gewerkschaften. Zur Pluralität der Auffassungen bei der Gründung der KPD trugen also die IKD nicht unerheblich bei.

Während der Richtungskämpfe im ersten Jahrzehnt des Bestehens der KPD fand nur eine Minderheit der ehemaligen Internationalen Kommunisten einen festen Platz in der sich in der Kommunistischen (III.) Internationale wandelnden KPD. Anhänger anarchosyndikalistischer Vorstellungen fanden sich bald in der abgespaltenen Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) oder der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) wieder, die basisdemokratisch orientierten Kritiker der Bolschewisierung der KPD in der KPD-Opposition (KPO) bzw. in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP).

⁴² Hermann Weber (Hrsg.), Die Gründung der KPD. Protokolle und Materialien des Gründungsparteitages der KPD 1918/1919, Berlin 1993.

⁴³ Weber, Die Gründung, S. 171.